



zum Vorteile zu bringen. Taggen werde der Erzbischof von Sydne, Kardinal Heselt, an dem Konklave nicht teilnehmen können. — Die Kardinäle, welche den Ratifikationsbrief nicht erhalten haben, empfangen ihn durch den Generalsekretär, damit sie an dem Konklave teilnehmen können. — Die Richter des Staatsgerichtshofs und Justizrat tragen Mützen für das Konklave.

\* Rom, 6. Juli. Der Papst wollte gern ein Votum ausspielen, durch welches Majori Polivari zum Sekretär der Konföderation ernannt wird. Die Ernennung ist jetzt möglich, weil im Hale eines Konsuls der Sekretär dieser Kongregation, der gleichzeitig Sekretär des heiligen Kollegiums ist, die Zeitung des Staatssekretariats übernimmt, dessen Inhaber seine Tugend mit dem Tode des Papstes eintritt. — Der Haushaltsschreiber und Finanzrat tragen Mützen für das Konklave.

\* Rom, 6. Juli. Wie die "Capitolinische Zeitung" meint, verhandeln sich bei dem Kardinal Gotti keine elf Kardinäle, um ihre Kandidatur bezüglich der Wahlwahl zu äußern. Dabei werden die Namen Bonaparte, Gotti und Romualdo genannt. Das Blatt meint weiter, wenn Kardinal Oreglia zum Papst gewählt werden sollte, werde er den Namen Paul X. annehmen, weil er vor Paul IX. zum Kardinal ernannt wurde. Sollte einer der von Bex XIII. ernannten Kardinäle gewählt werden, so werde er wahrscheinlich den Namen Paul XIV. annehmen.

\* Rom, 6. Juli. Vorgänger des Melius des Parteien "Gaukols" erklärt die "Liberale", die katholischen Unionistin hätte keine Genehmigung, im Hause auf die Eröffnung des Papstes mit der Hilfe des Königs nach Paris zu reisen. Historisch des Zeitpunktes der Abreise des Königs von Romberg nach Paris ist durchaus nichts geschehen. Erster erklärt die "Liberale" es aus schmalem Sinn für falsch, daß Gaukols mit den Künftigen des Kardinal über ungebührliches Vergehen berichtet, das beymde, dem Papst die durch die Geiste verbargene Unschuldigkeit einzuschätzen. Gaukols werde sich darauf beschließen, die Richtigkeit der Geiste und der Freiheit zu führen.

## Politische Tagesschau.

\* Leipzig, 7. Juli.

### Sozialpolitik und Sozialdemokratie.

Die Reichstagssperiode 1898–1899 soll nach dem "Vorwärts" durch den „am vollenen Erfülltstande der exklusiven Sozialreform“ gekennzeichnet sein; jedoch leichte erfüllbare Forderungen des Arbeiters zugleich des Arbeiterschaftsvereins jetzt zurückgewiesen worden;

dafür habe das Unternehmertum die Arbeiter in der rückwärtigen Sache ausgebeutet und der Klassenstaat habe den Wohlstandsmassen die wichtigsten Lebensmittel und den Lebensunterhalt durch die Erhöhung der Beste verteilt.

Die letztere Behauptung des sozialdemokratischen Zentralorgans legt bei seinen Vierern eine Artigkeitsfeind und eine Kämpferlichkeit voraus. Wenn Zoll erhöhungen, die lediglich auf dem Papier stehen, können unmöglich den Lebensunterhalt verteuern. Nicht viel besser als mit dieser mäßigen Behauptung des "Vorwärts" ist es mit dem Urteil selbst, dass er über die sozialpolitischen Leistungen in den Jahren 1898–1899 fällt. Je trauriger die Verdikt des sozialdemokratischen Zentralorgans ist, um so mehr ist es am Platze, den Tatlosen gegenüber radikaler Verkleinerungsprache zu ihrem Rechte zu verfehlten. Das Material dafür findet man in den letzten Ausgaben der "Sozialen Praxis". Das genannte Organ der Sozialreformer hat vor drei Jahren in einer Befragung über die sozialpolitische Bilanz der damals abgelaufenen Reichstagsperiode hervorgehoben, welche große und entschiedene Mehrheit für die tatsächliche Fortführung einer arbeiterfreundlichen Politik sprach. In der ersten Session des 1899 gewählten Reichstages vorhanden war und wie kurz die verbündeten Regierungen durch die sozialpolitischen Amulse des Reichstages beeinflusst wurden. Das erste her vorragende Ergebnis dieser Verhältnisse war die Revision des Invalidenversicherungsgesetzes. Nach Aufsichtsrat gelangten die Novellen zur Urfassungserierung zum Abschluss, die eine wesentliche Verbesserung und Erweiterung dieser legendären Institution bedeuten; die Novelle zur Gewerbeordnung neuerte nicht nur den größten Widerstand im privaten Stellen nachweis, sondern führte auch die richtige Ausdehnung des Arbeiterschaftsvertrags auf die Handelsangestellten in öffnen Ladengeschäften herbei und bot eine weitere Regelung der Konkurrenzbeziehungen an. Endlich diebst als Erzeugung dieser Sitzung die Aufhebung des Verbündungsdreiecks für politische Vereine, die für die gewerkschaftliche Bewegung von größter Bedeutung ist. Die reformfreundliche Haltung des Reichstages hat natürlich im Bundesrat einen Echos geweckt. Durch die Verordnungen vom 6. und 18. Juli 1899 wurde der

Liberalen Einigungsbefriedungen und die "Freiheitliche Zeitung".

Der Ausgang der Wahlen mußte jedem liberal denken den Namen den Wunsch nennen, dass durch eine größere Geschlossenheit der liberalen Parteien der Rückgang des Sozialdemokratismus endlich aufzuhalten werden möchte. Da auf diesem Rückgang der linke Flügel des Liberalismus und neben altem partizipiert, so sollte man meinen, dass gerade auf dieser Seite nach der Wunsch nach einer Verständigung am leichtesten herzuholen müsse. Weit gefehlt! Die "Freiheitliche Zeitung" lehnt mit dritten Worten jede Annäherung ab. Sie nennt alle Bemühungen zu einer Einigung geringfügig „allgemeine Neidbeweisungen“, die über die Gegenseite zwischen den Nationalliberalen und den anderen Parteien in der Zollfrage nicht hinwegsehen könnten. Gegenwartig könnten die Gegenseite verschleiert werden, die zwischen den Nationalliberalen und der Freiheitlichen Vereinigung einerseits und den beiden Volksparteien andererseits in Heeres-, Marine- und Kolonialfragen bestehen. Wenn der Herr Richter geführte Flügel des Liberalismus aus den auch bei den gegenwärtigen Wahlen so deutlich hervortretenden Tatfahnen, doch der grundständische Kampf gegen alle nationalen Forderungen ausschließlich der Sozialdemokratie nützt, den Unabhängigkeitskampf aber schwer schädigt, noch nicht gelernt hat, so wird in solcher Beziehung freilich eine Einigung zwischen den liberalen Parteien wohl nur sehr selten herbeizuführen sein. Es wäre aber schon gut, wenn die Parteien es wenigstens unterstellen, dass gegenwärtig zu befürchten. Dazu aber verpflichtet das Organ des Herrn Richter gar keine Belohnung. Es kämpft nicht nur gegen die Nationalliberalen, sondern Tag für Tag auch gegen die beiden rechts und links von ihm liegenden Gruppen des Unabhängigkeitskampfes. Tag für Tag zieht die "Freiheitliche Zeitung" Angriffe gegen die Freiheitliche Vereinigung und die Süddeutsche Volkspartei, wobei der Geschäftsführer wegen allerdinge zugeben muss, dass auch die Organe dieser Parteien sich fortwährend gegen die Freiheitliche Volkspartei erheben. Wenn es nicht so überzeugend klug wäre, so hätte es etwas ganz Humoresques, wie jede dieser Parteien herauszurufen, ich den Buben blamiere hätten. So wirkt die "Frankfurter Zeitung" dem Blatte des Herrn Richter vor, es steht so anberhalb der Verbindung mit den weiteren Volksparteien, dass es von

mit einer Krone oder einem Silbergulden heraus, immer hübsch und hinter Sina stunden.

Schorch interessierte sich in letzter Zeit auffällig für den Hochzeitstag, die besten Hochzeuge kannte er ohnedies von klein auf, er ließ siebzig in die lange Schnauze, schrie jedoch augenblicklich um, so er das alte Kinder auslieferte wurde, und flatterte dann zum Hochzeitstisch empor, um Pelagia zu besuchen. An des Hochzugs Seite zu sitzen und zu plaudern über seine Hoffnungen und Zukunftspläne, das war dem jungen Burschen das Liebste.

Auch war ja so nett und lieb, nur das händige Be- tonen von arm und reich empfand Schorch lästig.

So sorgte er eines Abends, da das Vorden bei einem anderen lag in der kleinen Stube, es könne leicht sein, dass der Spieß mal umgedreht und sobald der Schorsch weißt, ob nicht mehr eine sogenannte „alte Partie“ sein werde.

Schorsch blickte Pelagia auf den Burschen und somit:

„Ist vielleicht ein Unfall im Gehalt geschieden?“

„Ah no! Unter Geldbörsen ist nicht leicht umzubringen, da müßt' schon etwas Besonderes daherkommen, oder es müßt' den Vater einen Altersmänner machen.“

„Gos, mein denn hernach, Schorsch!“

Der Vater überließ eine Glutwelle der Verlegenheit stieg ihm in die Wangen.

„So red, Schorsch, mich pasti die Augst! Weißt ja, das ist dir aus Güte willst' im Leben, das heißt, das ist mir's glauben!“

„Ich auch! Sina, auch, ich hab' dich ja auch so viel gern!“

Kun erglühte Pelagia und sah sie die Bilder.

„Zum angängig war die Sina“ grüßt nicht, aber recht zärtlich unangenehm kann sie doch werden, wenn . . .“

„Wenn? Trost dir was?“

„Ja! Weißt, auch, der Sohn soll eigentlich nichts über das Tun und Handeln des Vaters reden, es steht dem Jungen nicht zu, Vater bleibt Vater . . .“

„Das dene dein Vater was vor, das dich schädigen könnte?“

Schorch wußte.

„So red doch! Ist es was Arges?“

„Ja, no! Das nicht! Weißt, auch, der Vater will noch einmal – belauschen!“

„Ah, nicht möglich!“

„Ja, doch! Ich hab' ja nichts dagegen, kann' schäflich auch gar nichts dagegen machen; aber eine Stief-

Arbeiterschaft auf die Werkstätten ansiedeln, in denen durch elementare Kraft bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Verwendung kommen. Aus der späteren Zeit sehen wir nur folgendes auf dem Gebiete des Arbeiterschaftsgetroffenen Maßnahmen hervor: Die Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1902 kam dem Arbeiterschaftsamt im Reichswirtschaftsamt zu. Die Bundesratsverordnung vom 1. März 1902 regelte die Einrichtung und den Betrieb in Baumwollwarenfabriken. Die Bundesratsverordnung vom 27. Mai 1902 erneuerte die für den Arbeiterschaft in Walz- und Hammerwerken getroffenen Verfassungen. Mit dem Arbeiterschaftsamt in Bremen und Hamburg kam ein Ausdruck des vormaligen Handelsministeriums an die Regierungspräsidenten. Am Vorabend soll weiteren Ausdruck des Arbeiterschaftsamt es auch noch schriftlich gesetzt. Daher gehört die Veröffentlichung des Ergebnisses einer Erhebung über die Arbeitszeit der Gehilfen und der Gehilfen über die Veröffentlichung des Ergebnisses einer Erhebung über die Arbeitszeit der Gehilfen und der Gehilfen in Kaufmännischen Compagnien. Die legte Tat der Kommission für Arbeiterschaft war die Herstellung der Angebote für eine Erhebung über die Verhältnisse im Kleingewerbe und im Handwerk. Die Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse in der Binnenschiffahrt wurde fortgeführt. Die Regelung der Metropoliten in der Cigarettenindustrie wurde von leitender amtlicher Stelle angekündigt und von der betreffenden Stelle wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass wir bald zum 1. März 1903 vollkommen gleichmäßig begegneten, beiden abgabt des Papier der Sozialdemokratie einerseits und der Sozialdemokratie andererseits, in vollkommen gleicher Weise.

Deutschland und Böhmen keine Vorstellung habe. Das Frankfurter demokratische Organ macht demgemäß der "Freiheitlichen Zeitung" das liebenswürdige Kompliment, sie sei ein interessantes Dokument der Vergangenheit. Die "Freiheitliche Zeitung" erwähnt daran: „Man könnte ebenso von der Deutschen Volkspartei sprechen als einem Dokumente der Vergangenheit. Nichts lässt für der Freiheitlichen Volkspartei zum Vorwurf machen, was nicht ebenso und in noch stärkerem Maße auf die Deutsche Volkspartei in Süddeutschland auftrifft.“ In diesem Punkte müssen wir der "Freiheitlichen Zeitung" allerdings durchaus zustimmen. Beide Parteien haben an dem Ende des Unabhängigkeitskampfes durch ihre gemeinsame Aktion vollkommen gleichmäßig begegneten, beiden abgabt des Papier der Sozialdemokratie einerseits und der Sozialdemokratie andererseits, in vollkommen gleicher Weise.

## Deutsches Reich.

△ Berlin, 8. Juli. (Auf männliche Arbeitsgerichte.) Mehrheit werden neuerdings Angaben gemacht über veränderte Aussichten des im Bundesrat eingetragenen Gesetzentwurfs wegen laufmännischer Arbeitsgerichte. Als wir letzter Zeit über die Gegenläufigkeit berichteten, die schon bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs verschiedenartigen Beobachter und hellen alles anders dar. Da bei ist es notwendig, dass noch diese Meinungsverschiedenheiten in zweierlei Richtungen bestehen, ganz wie dies seiner Zeit von uns missachtet wurde. Ganz in der Absicht, ob es ratsächlich sei, die Ankleidung der neuen Sondergerichte an die Amts- oder an die Gewerbeberichte vorzunehmen: zweitens in der Richtung, ob eine Verbilligung des Verfahrens zu erreichen sei, wenn nicht allgemein das Verfahren nach einer Verbilligung des Verfahrens bei Artikeln des Arbeitsvertrages sich durchsetze. Die im preußischen Staatsministerium befindenden gelegentlich Aussichten über die Möglichkeit der Anwendung einer Vorlage bestreit nur mehr laufmännische Arbeitsgerichte konnte als nicht mehr vorbehaltend angesehen werden, als der betreffende Gesetzentwurf im Bundesrat eingetragen worden war. Dies zeigte sich abgabt, dass eine Mehrheit für den Entwurf nicht gerade zu gewinnen sein werde. Insbesondere erhielten gerade solche Regelungen Bedeutung, von denen es bekannt ist, wie von denen der Danzigerhafen in dem Vorbericht getrennt Intervalle eine Tasse erster Ordnung sei. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, auch die anderen Regelungen aufzuführen, die sich mit denen der Danzigerhafen der Regelung der Angelegenheit auf dem vorgezeigten Wege nicht symmetrisch gegenüberstellen. Wäre noch vor der Einigung der Regelungsvorlage die Frage zur Entscheidung gebracht worden, so würde ihre Erledigung wahrscheinlich noch mit viel größeren Schwierigkeiten verknüpft gewesen sein, als die Beratung der Krankenversicherungsvereine. Was nun weiter werden wird, ist ebenso posterior. Nun wird die Angelegenheit ganz gewiss nicht. Eine ihrer eifrigsten Verfechter aber (der Abgeordnete Wallermann) ist leider in den Reichstag nicht wiedergewählt worden. Es fragt sich, ob in dem neuen Reichstag von anderer Seite der Amtshof gegeben werden wird, die Sache in seinem Sinne zu fördern, oder ob nachdem der inoffizielle Urtheil des Gesetzentwurfs über die laufmännischen Arbeitsgerichte wieder in den Reichstag gewählt ist, sozusagen von neuem und aus dem Vollen heraus angenommen werden kann.

\* Berlin, 8. Juli. Über die Stellung des Nationalliberalismus zum Zentrum kreidet heute die "Nat.-Vib. Zeit." Speziell auf das Zentrum wird, das haben die die demokratischen Parteien zur Einigung beworben, für Nationalliberalen bei den Wahlen mehrheitlich gewählt sind. Nachdem Männer wie Wallermann und Bülow, deren nicht kampfkämpferische Richtung auch kein Zweck hatte, durch das Verhalten der Zentrumswähler gefordert sind, ist für die nationalliberalen Parteien keine Ausicht mehr vorhanden, durch Entgegenkommen auf die Wünsche des Zentrums den kürzlichen Frieden im Reiche zu befriedigen. Es scheint, als ob das Zentrum selbst ein solches Entgegenkommen der nationalliberalen Partei an diesem Zweck nicht wolle. Man mag anerkennen, dass speziell in Baden der konfessionelle Gegner seiner Überzeugung ist. Unterliegt wird man aber aus dem Umstande, dass Wallermann durch die Schuld des Zentrums gefallen ist, nur die Tatsache entnehmen können, dass die schärfste Klerikale Richtung im Amtshof eben fröhlicher ist, als der Einfluss radikalere Elemente in jener Partei. Das Amtshof wird auch bis auf weiteres notwendig die Amtshof-gegen-gegenüberstellen, welche dadurch sehr wohl zu verhindern gewesen sein, als die Beratung der Krankenversicherungsvereine. Das nur weiter werden kann.

\* Berlin, 8. Juli. Über die Stellung des Nationalliberalismus zum Zentrum kreidet heute die "Nat.-Vib. Zeit." Speziell auf das Zentrum wird, das haben die die demokratischen Parteien zur Einigung beworben, für Nationalliberalen bei den Wahlen mehrheitlich gewählt sind. Nachdem Männer wie Wallermann und Bülow, deren nicht kampfkämpferische Richtung auch kein Zweck hatte, durch das Verhalten der Zentrumswähler gefordert sind, ist für die nationalliberalen Parteien keine Ausicht mehr vorhanden, durch Entgegenkommen auf die Wünsche des Zentrums den kürzlichen Frieden im Reiche zu befriedigen. Es scheint, als ob das Zentrum selbst ein solches Entgegenkommen der nationalliberalen Partei an diesem Zweck nicht wolle. Man mag anerkennen, dass speziell in Baden der konfessionelle Gegner seiner Überzeugung ist. Unterliegt wird man aber aus dem Umstande, dass Wallermann durch die Schuld des Zentrums gefallen ist, nur die Tatsache entnehmen können, dass die schärfste Klerikale Richtung im Amtshof eben fröhlicher ist, als der Einfluss radikalere Elemente in jener Partei. Das Amtshof wird auch bis auf weiteres notwendig die Amtshof-gegen-gegenüberstellen, welche dadurch sehr wohl zu verhindern gewesen sein, als die Beratung der Krankenversicherungsvereine. Das nur weiter werden kann.

\* Berlin, 8. Juli. Der Kaiser hat dem Marstall der Stadt Nördlingen auf eine Jubiläumsfeier bescheinigt, dass die die demokratischen Parteien zur Einigung beworben, für Nationalliberalen bei den Wahlen mehrheitlich gewählt sind. Nachdem Männer wie Wallermann und Bülow, deren nicht kampfkämpferische Richtung auch kein Zweck hatte, durch das Verhalten der Zentrumswähler gefordert sind, ist für die nationalliberalen Parteien keine Ausicht mehr vorhanden, durch Entgegenkommen auf die Wünsche des Zentrums den kürzlichen Frieden im Reiche zu befriedigen. Es scheint, als ob das Zentrum selbst ein solches Entgegenkommen der nationalliberalen Partei an diesem Zweck nicht wolle. Man mag anerkennen, dass speziell in Baden der konfessionelle Gegner seiner Überzeugung ist. Unterliegt wird man aber aus dem Umstande, dass Wallermann durch die Schuld des Zentrums gefallen ist, nur die Tatsache entnehmen können, dass die schärfste Klerikale Richtung im Amtshof eben fröhlicher ist, als der Einfluss radikalere Elemente in jener Partei. Das Amtshof wird auch bis auf weiteres notwendig die Amtshof-gegen-gegenüberstellen, welche dadurch sehr wohl zu verhindern gewesen sein, als die Beratung der Krankenversicherungsvereine. Das nur weiter werden kann.

\* Berlin, 8. Juli. Der Kaiser hat dem Marstall der Stadt Nördlingen auf eine Jubiläumsfeier bescheinigt, dass die die demokratischen Parteien zur Einigung beworben, für Nationalliberalen bei den Wahlen mehrheitlich gewählt sind. Nachdem Männer wie Wallermann und Bülow, deren nicht kampfkämpferische Richtung auch kein Zweck hatte, durch das Verhalten der Zentrumswähler gefordert sind, ist für die nationalliberalen Parteien keine Ausicht mehr vorhanden, durch Entgegenkommen auf die Wünsche des Zentrums den kürzlichen Frieden im Reiche zu befriedigen. Es scheint, als ob das Zentrum selbst ein solches Entgegenkommen der nationalliberalen Partei an diesem Zweck nicht wolle. Man mag anerkennen, dass speziell in Baden der konfessionelle Gegner seiner Überzeugung ist. Unterliegt wird man aber aus dem Umstande, dass Wallermann durch die Schuld des Zentrums gefallen ist, nur die Tatsache entnehmen können, dass die schärfste Klerikale Richtung im Amtshof eben fröhlicher ist, als der Einfluss radikalere Elemente in jener Partei. Das Amtshof wird auch bis auf weiteres notwendig die Amtshof-gegen-gegenüberstellen, welche dadurch sehr wohl zu verhindern gewesen sein, als die Beratung der Krankenversicherungsvereine. Das nur weiter werden kann.

\* Berlin, 8. Juli. Der Kaiser hat dem Marstall der Stadt Nördlingen auf eine Jubiläumsfeier bescheinigt, dass die die demokratischen Parteien zur Einigung beworben, für Nationalliberalen bei den Wahlen mehrheitlich gewählt sind. Nachdem Männer wie Wallermann und Bülow, deren nicht kampfkämpferische Richtung auch kein Zweck hatte, durch das Verhalten der Zentrumswähler gefordert sind, ist für die nationalliberalen Parteien keine Ausicht mehr vorhanden, durch Entgegenkommen auf die Wünsche des Zentrums den kürzlichen Frieden im Reiche zu befriedigen. Es scheint, als ob das Zentrum selbst ein solches Entgegenkommen der nationalliberalen Partei an diesem Zweck nicht wolle. Man mag anerkennen, dass speziell in Baden der konfessionelle Gegner seiner Überzeugung ist. Unterliegt wird man aber aus dem Umstande, dass Wallermann durch die Schuld des Zentrums gefallen ist, nur die Tatsache entnehmen können, dass die schärfste Klerikale Richtung im Amtshof eben fröhlicher ist, als der Einfluss radikalere Elemente in jener Partei. Das Amtshof wird auch bis auf weiteres notwendig die Amtshof-gegen-gegenüberstellen, welche dadurch sehr wohl zu verhindern gewesen sein, als die Beratung der Krankenversicherungsvereine. Das nur weiter werden kann.

\* Berlin, 8. Juli. Der Kaiser hat dem Marstall der Stadt Nördlingen auf eine Jubiläumsfeier bescheinigt, dass die die demokratischen Parteien zur Einigung beworben, für Nationalliberalen bei den Wahlen mehrheitlich gewählt sind. Nachdem Männer wie Wallermann und Bülow, deren nicht kampfkämpferische Richtung auch kein Zweck hatte, durch das Verhalten der Zentrumswähler gefordert sind, ist für die nationalliberalen Parteien keine Ausicht mehr vorhanden, durch Entgegenkommen auf die Wünsche des Zentrums den kürzlichen Frieden im Reiche zu befriedigen. Es scheint, als ob das Zentrum selbst ein solches Entgegenkommen der nationalliberalen Partei an diesem Zweck nicht wolle. Man mag anerkennen, dass speziell in Baden der konfessionelle Gegner seiner Überzeugung ist. Unterliegt wird man aber aus dem Umstande, dass Wallermann durch die Schuld des Zentrums gefallen ist, nur die Tatsache entnehmen können, dass die schärfste Klerikale Richtung im Amtshof eben fröhlicher ist, als der Einfluss radikalere Elemente in jener Partei. Das Amtshof wird auch bis auf weiteres notwendig die Amtshof-gegen-gegenüberstellen, welche dadurch sehr wohl zu verhindern gewesen sein, als die Beratung der Krankenversicherungsvereine. Das nur weiter werden kann.

\* Berlin, 8. Juli. Der Kaiser hat dem Marstall der Stadt Nördlingen auf eine Jubiläumsfeier bescheinigt, dass die die demokratischen Parteien zur Einigung beworben, für Nationalliberalen bei den Wahlen mehrheitlich gewählt sind. Nachdem Männer wie Wallermann und Bülow, deren nicht kampfkämpferische Richtung auch kein Zweck hatte, durch das Verhalten der Zentrumswähler gefordert sind, ist für die nationalliberalen Parteien keine Ausicht mehr vorhanden, durch Entgegenkommen auf die Wünsche des Zentrums den kürzlichen Frieden im Reiche zu befriedigen. Es scheint, als ob das Zentrum selbst ein











# Leipziger Börsen-Kurse am 7. Juli 1903.

Berlin, 7. Juli, 12 Uhr 30 Min.		
Ges.-Kredit-Akt.	205.40	Ung. Goldkreis
West.-U.-Staatsch.	145.00	Ung. Konserv.
Londoner Börse	145.40	Königl. Löheran.
Berl. Handels-	154.40	Königl. Kirchen
Deutsche Bank	210.20	Prinz-Eugen
Berl. Disk.-Ges.	180.80	Prinz-Eugen
Dresdner Bank	147.73	Rosen-Gesell-V.
Italien. Beste	-	Dortm. Union G.

\* Berlin, 7. Juli, 1 Uhr 30 Min.

Ges.-Kredit-Akt.

West.-U.-Staatsch.

Londoner Börse

Berl. Handels-

Deutsche Bank

Berl. Disk.-Ges.

Dresdner Bank

Italien. Beste

Italien. Beste